



Frank Pöpsel,
Chefredakteur

Das Märchen vom „Wumms“

Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.“ Kein Geringerer hat das vor fast 100 Jahren gesagt als Henry Ford, der Pionier und Begründer der amerikanischen Autoindustrie.

„Würden die Menschen die Konjunkturpolitik verstehen, müssten die Menschen derzeit demonstrierend auf die Straße gehen.“ Das sage ich, der kleine Chefredakteur von FOCUS-MONEY.

Um die wirtschaftlichen Folgen des Corona-Lockdown abzumildern, überbieten sich Bundesregierung und Europäische Zentralbank (EZB) derzeit mit Hilfsprogrammen. Dabei stelle ich mir zwei Fragen. Erstens: Löscht das viele Geld wirklich den Brand? Und zweitens: Besteht nicht die Gefahr, dass am Ende das konjunkturelle und fiskalpolitische Löschwasser mehr Schaden anrichtet als der Corona-Brand?

Lassen Sie uns mit der ersten Frage beginnen. Die Bundesregierung hat für 130 Milliarden Euro Corona-Hilfsmaßnahmen beschlossen. „Ein Konjunkturpaket mit Wumms“, so Finanzminister Olaf Scholz. Ich sage: „Konjunkturpaket ja“, „Wumms nein“ – zwar steigen die Staatsschulden in Deutschland von derzeit rund 60 auf knapp unter 100 Prozent, aber die Konjunktur wird dadurch nur wenig angekurbelt.

Schauen wir uns die wichtigsten Teile des Pakets einmal im Einzelnen an und werfen wir auch einen Blick auf die volkswirtschaftliche Richtgröße, die angibt, wie wirksam so ein Paket ist: den sogenannten Multiplikatoreffekt. Der Multiplikatoreffekt gibt an, wie stark das Bruttoinlandsprodukt steigt, wenn der Staat schuldenfinanziert Geld an Wirtschaft und Bürger verteilt. Je mehr die Bürger von dem Geld wieder ausgeben, desto besser – und je mehr sie dabei zusätzlich animiert werden, auch noch eigenes Geld zu investieren, desto idealer.

Einer der größten Posten: die Mehrwertsteuersenkung. Geschätzt 20 Milliarden Euro gehen dem Fiskus dadurch verloren. Kurbelt das die Konjunktur an? Nein. Bietet der Bäcker die Brötchen um ein oder zwei Cent billiger an, weil er weniger Mehrwertsteuer zahlt? Nein. Und würden wir mehr Brötchen kaufen, wenn er es tun würde? Nein. Kaufen die Menschen mitten in der Krise eine neue Küche für 20000 Euro, weil sie durch die Mehrwertsteuersenkung vielleicht ein paar hundert Euro billiger geworden ist? Nein. Die Sparquote in Deutschland ist von 9,7 Prozent im letzten Quartal 2019 auf 16,7 Prozent im ersten Quartal dieses Jahres gestiegen. Fürs zweite Quartal prognostizieren Experten einen Anstieg auf bis zu 20 Pro-

zent. Die Menschen sind verunsichert – und das zu Recht –, sie legen ihr Geld lieber auf die hohe Kante, als es auszugeben.

Andere Maßnahmen sind eher unter dem Begriff „Sozialpaket“ als „Konjunkturpaket“ einzuordnen – was sicherlich gerecht ist, aber der Konjunktur auch nicht weiterhilft. Hilft es der Konjunktur, dass Bund und Länder von den Kommunen für Bezieher von Sozialleistungen künftig bis zu 75 Prozent der Kosten der Unterkunft übernehmen? Wenig. Es entlastet nur etwas die klammen Kommunen. Löst der Kinderbonus von 300 Euro einen Kaufrausch aus? Wohl kaum. Denn erstens erhalten ihn alle und nicht nur die Haushalte mit niedrigem Einkommen und zweitens helfen die 300 Euro der Konjunktur auch nicht wirklich weiter. Bleibt als Fazit: hohe Kosten, hohe Schulden, niedriger Effekt.

Was wäre wirtschaftlich sinnvoll gewesen? Jede Maßnahme, die Bürger animiert hätte, zusätzlich zu dem geschenkten Geld noch eigenes Geld auszugeben und so die Konjunktur zu beleben. Und davon hätte es viele gegeben. Ein 500-Euro-Hotelkonsumgutschein für den Urlaub im Inland etwa. Eine 1000-Euro-Prämie für Renovierungen am Haus. Ein ordentlicher Zuschuss für neue Möbel. Oder auch eine signifikante Kaufprämie für alle Autos – nicht nur für E-Mobilität. So hätte man die Konjunktur ankurbeln können, weil die Bürger dann einen Anreiz gehabt hätten, weniger zu sparen und zusätzlich zum Geld vom Staat auch noch selbst etwas beizusteuern.

Und was ist mit der Geldpolitik? Ungeachtet des Urteils des Bundesverfassungsgerichts weitet die EZB den Aufkauf von Anleihen mit schlechter Bonität um weitere 600 Milliarden Euro aus. Und Deutschland und Frankreich werben dafür, für 500 Milliarden Euro Euro-Bonds aufzulegen, für die vor allem die großen Länder haften.

Bleibt die Frage, warum die Gründerväter des Euro genau diese Haftung und verdeckte Staatsfinanzierung im Vertrag von Maastricht ausgeschlossen haben. Ganz einfach: weil sie einen stabilen Euro wollten. Dagegen riskieren Deutschland, Frankreich und die EZB mit ihren Maßnahmen einen einsetzenden Vertrauensverlust in unsere Währung.

Unsere Kinder und Enkel müssen für die Schulden einmal haften: Sie werden beurteilen können, was es sie gekostet hat.

Jhr Frank Pöpsel